

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bensch, Borsdorf, Cönn, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteuberg, Klinge, Köhler, Lindhardt, Pomßen, Stenitz, Thronen usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

**Verzeichnis wöchentlich 3 mal:** Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 4.—, 1/2 Jährlich Mk. 12.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreise:** Die 6spaltige Korpuszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. Halber Teil Mk. 2.—, Reklamazeile Mk. 2.—, Beilagegebühren pro Hundert Mk. 2.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Red.: Emil Naunhof, Nr. 2.

Druck und Verlag: Günter & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 140

Freitag den 25. November 1921

32. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die erste Staffel der zu verminderten amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein verläßt am 26. November Antwerpen zur Rückreise nach New York. Bis Dezember kehren 2000 Mann zurück.
- Die Kartoffellieferungen aus Vommern sind eingestellt, da die Kartoffelgroßhändler den Lieferungsstreik erklärt haben.
- Der französische Finanzminister Doumer erklärte im Finanzrat des Senats, die Regierung werde von Deutschland die pünktliche Ausführung des Zahlungsplanes von London vom 5. Mai 1921 verlangen.
- Im letzten Konklavium befragte Papst Benedikt XV., daß der Verfallener Vertrag nicht vom Geist des Friedens erfüllt sei.
- Japan hat in Washington zu versichern gegeben, daß es sich niemals mit den ihm zugestandenem 50 Prozent Haupttruppen von Schiffen begnügen werde. Es müsse vielmehr 70 bis 75 Prozent behalten.

## Bayerische Justizhoheit.

Herr von Raab ist befehligt, aber die Konfliktluft zwischen Bayern und dem Reich ist gebrochen. Ganz plötzlich stiegen wieder zwischen Berlin und München scharfe Kräfte hin und her, und die kaum beruhigten Geister begannen sich wieder zu erhitzen, als wenn es so sein müßte, daß alle paar Wochen mindestens einmal ein frisch-fröhlicher Krieg zwischen Nord und Süd zum Ausbruch kommt. Es muß ganz gewiß nicht so sein, wie es ja auch früher nicht so gewesen ist. Aber was ist geschehen?

Wiederholt war in Anstehenden Blättern über die angeblich schlechte Behandlung der politischen Gefangenen aus der Mäzzeit in Bayern auf der Festung Niederschönenfeld geklagt worden. Der bayerische Landtag war diesen Klagen nachgegangen. Es soll von den Beauftragten des Landtages festgestellt sein, daß die Gefangenen, mit Ernst Zoller und Erich Mühsam an der Spitze, ihrerseits die Gefängnisordnung mit Gewalt zu sprengen versucht und sich dabei zuweilen ungewein erregt benommen hätten. Aber die Klagen wiederholten sich immer wieder. Doch auch die neue Regierung des Grafen Lerchenfeld verblieb dabei, daß in Niederschönenfeld alles in Ordnung sei und daß die dortigen Behörden und Beamten vollkommen zu Unrecht der Gefangenenquälerei beschuldigt würden. Da kam der kommunistische Hungerstreik in Lichtenburg, der ja wohl nach dem einmütigen Bericht der dorthin entsandten Reichstagskommission als erledigt gelten kann. Die Freunde der Festungsgefangenen von Niederschönenfeld benutzten die Gelegenheit, auch diese für die Fürsorge des neuen Reichsjustizministers zu empfehlen; Dr. Radbruch kündigte an, daß er das Recht der Reichsjustiz auch über die bayerischen Gefangnisse in Anspruch nehmen werde. Und rascher, als man denken konnte, wurde von der eigenen niedergelegten Reichstagskommission beschlossen, — und zwar mit sechs gegen drei Stimmen — sich die Verhältnisse in Niederschönenfeld an Ort und Stelle anzusehen.

Man sieht, viele Dinge haben sich mit einer gewissen Präzision entwickelt, vielleicht ohne jedes Zutun der Reichsregierung als Gesamtbürger. Zunächst ist nur der Reichstag durch seinen Ausschuss und der Reichsjustizminister für die Durchführung der gefahren Verhältnisse engagiert. In Bayern herrscht der Eindruck vor, als stünde man bereits vor vollendeten Tatsachen, als sollte die bayerische Landesregierung diesmal ganz anders als zu Zeiten des Herrn von Raab, wo man mit ihr viele Tage, ja sogar wochenlang verhandelte, behandelt werden. Graf Lerchenfeld hat vor dem schiedlichen Kammerausschuss keinen Zweifel darüber gelassen, daß er das Vorgehen des Reichstages als eine Rechtsverletzung empfinde. Er hat Weisung gegeben, den Mitgliedern des Reichstagsausschusses den Zutritt zur Festungssankt von Niederschönenfeld zu verweigern, und er ist entschlossen, falls keine Einigung mit der Reichsregierung zu erzielen sein sollte, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über diese verfassungsrechtliche Frage anzurufen. Er nimmt für Bayern das Recht in Anspruch, sich gegen diesen Eingriff in seine Rechte, der nicht allein sachlichen Beweggründen entspringen sei, zu wehren. Er selbst werde still und ruhig bleiben und hoffe, daß auch die gesamte Öffentlichkeit die Angelegenheit leidenschaftslos behandeln werde. Der Ausschuss sprach nach längerer Debatte keine Abzweigung dahin aus, daß durch den Beschluß des Reichstagsausschusses die Autorität der bayerischen Regierung gefährdet werde. Für die Zukunft empfehle es sich, bei derartigen Anlässen andere Wege als bisher einzuschlagen in Gemäßheit der Weimarer Verfassung, gegen die der Reichstag verstoßen habe. Man hebe vor einer unbegreiflichen Tat, gegen die der bayerische Landtag sich mit aller Entschiedenheit wehren müsse. Der Reichstag seinerseits ist augenblicklich nicht versammelt, und sein Untersuchungsausschuss wird vermutlich auf eigene Faust die Dinge nicht weiterverfolgen wollen. Bis zur ersten oder gar zweiten Dezemberwoche ist also allen Beteiligten Zeit zur Überlegung gegeben. Es bleibt zu wünschen, daß man sie nicht vergeblich verstreichen läßt.

## Soll Deutschland gefragt werden?

Washington über die Abrüstung der Landheere.  
Nicht wenige Kritiker der verschiedensten Nationen haben es erwidert, daß die Washingtoner Konferenz ohne

die Teilnahme deutscher Vertreter abgehalten wird. Man erblickt darin eine Unvollständigkeit, die den Erfolg beeinträchtigen muß. Dieser Gedanke kommt nicht zur Ruhe, und neuerdings verläutet aus Washington, die amerikanische Regierung werde, falls das Land abrüstungspolitiem noch einmal in die Debatte geworfen wird, allen Ernstes den Vorschlag machen,

## Deutschlands Ansicht einzuholen.

Eine Beschlußfassung gegen eine Macht ohne deren Anhörung ist nach den Voraussetzungen dieser Konferenz undenkbar. Frankreichs Vorbehalte sind aber fast durchweg Einwürfe gegen Deutschland, und die Versammlung kann nach amerikanischer Meinung die Lösung eines europäischen Problems nicht veruchen, ohne alle daran interessierten Mächte sprechen zu lassen. Amerika ist daher geneigt, die weitere Beratung der Landabrüstungsfrage von Deutschlands Teilnahme in traetretener Form abhängig zu machen. Da die Konferenz jedoch am 15. Dezember zu Ende gehen soll, wird sich wohl die Herreise eines deutschen Vertreters nicht auf erwidern lassen. Es heißt daher, daß man von Deutschland die Antwort auf eine Reihe von Fragen fordern werde, über deren Wortlaut sich die Kommission für Landabrüstung noch einigen muß.

## Chinas Unantastbarkeit.

Einer der schwierigsten, wenn nicht das kritischste Problem der Washingtoner Beratungen überhaupt, die Frage, wie die künftige politische Stellung Chinas geregelt werden soll, hat jetzt durch eine Entschlieung eine vorläufige Klärung gefunden. Darin lagen die Großmächte, sie seien entschlossen, die Souveränität, die Unabhängigkeit und die territoriale und Verwaltungintegrität Chinas zu respektieren, China die vollkommenste Freiheit zu geben, sich zu entwickeln und eine feste und wirksame Regierung zu bilden, den Grundlag der Gleichheit für Handel und Industrie für alle Nationen auf dem gesamten Gebiet Chinas sicherzustellen und schließlich aus den augenblicklichen Umständen keine Vorteile zu ziehen, um Sonderrechte oder Privilegien zu verlangen.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

### Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Unter dem Vorsitz des schweizerischen Bundesrats Grafen von Helldorf haben im Rösserbundspalast in Genf die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen begonnen. Von deutscher Seite nehmen daran teil Reichsminister a. D. Schiller, Staatssekretär a. D. Leibold, sowie der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Legationsrat Graf Schulenburg. Auch in Bayern wird ausverkauft.

Wie in der Münchener Stadtratssitzung mitgeteilt wurde, hat sich der Ausverkauf durch Ausländer in München bereits auf Häuser ausgedehnt. Agenturen lassen den Hauseigentümern gedruckte Rundschreiben zugehen, worin die Hauseigentümer zum Verkauf ihrer Anwesen aufgefordert werden. Außerdem wurde hervorgehoben, daß Holz, Eisen, Zement und anderes Baumaterial in Mengen über die Grenze geht. Der Stadtrat nahm einstimmig einen Antrag an, der scharfe Maßnahmen gegen den Ausverkauf an Ausländer fordert.

### Stegerwalds Propagandareise nach Holland.

Auf Wunsch des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christliche Gewerkschaften) ist Ministerpräsident a. D. Stegerwald nach Amsterdam gereist, um dort in einer großen öffentlichen Versammlung gegen die französische Propaganda in Holland Stellung zu nehmen und über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands zu sprechen. Deutschlands Kriegsschuld an Serbien.

Der Staatsaudschuß in Belgrad hat das Angebot der deutschen Regierung, auf Rechnung der Kriegsschuld an Serbien Eisenbahnmaterial zu liefern, zur Kenntnis genommen. Deutschland verpflichtet sich, als Wiederentgelt 100 Schnellzüge, 200 Personenzüge, 100 Güterzüge und 50 schmalspurige Lokomotiven sowie 4000 Güterwagen und 2000 Personenzüge zu liefern, und zwar ein Drittel bis März 1922, das übrige in drei Monaten Mal und Juni.

### Abberufung der jetzigen Entente-Saarregierung verlangt.

Der Kreistag von Saarbrücken hat den Beschluß gefaßt, den Völkerrundrat zu bitten, die jetzigen Mitglieder der Saarregierung nach Ablauf ihrer Amtsperiode abzurufen. Die jetzige Regierung hat das Vertrauen der Bevölkerung nicht gewonnen und das Land schwer geschädigt. Der Forderung werden sich die übrigen Kreistage anschließen.

### Bitta bleibt Oberpräsident von Oberschlesien.

Der preußische Innenminister Sebering hat entschieden, daß Zentrumsgewerkschafter Geheimrat Bitta auch weiterhin Oberpräsident der Provinz Oberschlesien bleiben und die Überleitung des bei Deutschland verbleibenden Teiles in den deutschen Reichs- und preußischen Staatsverband vornehmen soll.

### Frankreich.

Ein furchtbarer Skandal in der Kammer triefte sich an die Einbringung kommunistischer Interpellationen, die sich auf die sofortige Freilassung der in Paris gewählten

wegen kommunistischer Propaganda verurteilten Gemeinderäte Moris und Babina bezogen. Der Deputierte Varrhou stellte bei der Debatte die Behauptung auf, der Präsident der Republik und die französische Regierung hätten einen verbrecherischen Krieg gegen Rußland geführt. Der Präsident verlangte, Varrhou sollte diese Worte zurücknehmen, aber er weigerte sich und verschärfte seine Angriffe, bis die Senur über ihn verhängt wurde. Der Deputierte Raffort nahm aber den Hohn auf und stellte die gleiche Behauptung auf. Die Sozialisten stimmten die Internationale an. 400 bürgerliche Abgeordnete sangen die Marseillaise, so daß der Präsident gezwungen war, die Sitzung zu schließen und die Tribünen säumen zu lassen.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. General Koller hat die Absicht, alle Anlagen der „Deutschen Werke“ zu beschließen und war bereits in Erfurt und ging nach Hanau. Nach seiner Rückkehr nach Berlin wird er die Vorschläge an den Reichshof formulieren.

Leipzig. Ein Verlesung ist im hiesigen Hauptbahnhof auf den Bremschritten geschehen. Durch den Anprall wurden drei Reisende schwer und mehrere andere leicht verletzt.

Braunschweig. Der Landtag nahm einen Antrag an, die Neuwahlen zur Landesversammlung am 22. Januar 1922 stattfinden zu lassen.

Paris. Emile Boutroux, der namhafteste Philosoph des heutigen Frankreichs, ist 76 Jahre alt, hier gestorben. Seine philosophische Arbeit begann er einst mit Ausgaben deutscher Philosophen.

London. Der englische Sozialistenführer Vandeman ist im Alter von 79 Jahren gestorben. Er war der erste Marxschüler in England.

Belfast. In zahlreichen Schießereien kam es wieder in Belfast. Sechs Personen wurden getötet, viele andere verwundet. Zwei weitere Personen wurden erschossen in ihrem Schlafzimmer aufgefunden, da eine Kugel die Gasleitung zerstört hatte.

Stockholm. Der Kaiser der Inseln Island folgte dem Oesterlund ist wegen Unterschlagung von 2 700 000 Kronen verhaftet worden.

Stockholm. Die zweite schwedische Rote-Kreuz-Expedition nach Rußland begibt sich nach Samara. Sie führt Lebensmittel für öffentliche Speiseanstalten mit sich, die für die Verpflegung von 800 000 Personen für die Dauer eines Monats berechnet sind.

Warschau. Die polnische Regierung beabsichtigt, infolge der Steigerung der polnischen Galuta die Eisenbahnfahrpreise und Gütertarife um dreißig bzw. sechzig Prozent herabzusetzen.

Madrid. Das deutsche Operngastspiel wurde hier mit Wagners „Parsifal“ vor gut besetztem Hause im Anwesenheit des Hofes eröffnet.

Wellbourne. Der australische Premierminister teilte mit, daß im Hinblick auf die bevorstehende Beendigung der Abberufung deutscher Reichsangehöriger die australische Regierung beschlossen hat, die beschlaggenommenen deutschen Villanagen in dem vormaligen Deutsch-Guinea zu verkaufen.

## Die Erhöhung der Zölle.

Aus den Beratungen der Steuerkommissionen.  
Eines der Hauptstücke der neuen Verbrauchsabgaben, der für mehrere wichtige Einfuhrartikel stark erhöhte Entwurf des Zolltarifs, wurde vom Verbrauchsteuerausschuss des Reichstages in Arbeit genommen.

Der Ertrag der Zölle belief sich im Rechnungsjahre 1913 auf rund 700 Millionen Mark, im Rechnungsjahre 1920 dagegen ohne Berücksichtigung des Goldzollaufgebotes auf nur 300 Millionen Mark, wobei besonders der Ausfall der bei Kriegsbeginn aufgehobenen Getreidezölle ins Gewicht fällt, die vor dem Kriege 31 Prozent der gesamten Zolleinnahmen ausmachten. Für eine Erhöhung kommen neben einzelnen Gewürzen und Süßfrüchten in der Hauptsache die zuletzt im Jahre 1918 erhöhten Zölle auf Kaffee und Tee und die im Jahre 1918 nicht erhöhten Zölle auf Kakao und Zuckerrüben in Betracht. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Erhöhung der Zölle bei Tee, Kaffee und Kakao, wobei sich verschiedene Abgeordnete gegen eine zu starke Erhöhung der Zölle ausgesprochen, die letzten Endes bei verschiedenen Artikeln den Verbrauch so reduzieren würde, daß auch für das Reich ein Mehrertrag gar nicht herauskommen könne. Regierungseits war vorgeschlagen, bei rohem Kaffee eine Erhöhung des geltenden Satzes von 130 Mark auf 200 Mark vorzunehmen, bei Tee eine Erhöhung von 220 Mark auf 350 Mark. Bei geröstetem Kaffee empfahl die Regierung eine Steigerung des Zollsatzes von 175 Mark auf 300 Mark. Der Zoll auf rohe Kakaoerbsen könne nach Ansicht der Regierung verdoppelt werden. Bei den Zollsätzen des Gewürzwaren könnte vorläufig für Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Süßfrüchte mit einem

Mehrertrag von zusammen 46,6 Millionen Goldmark gerechnet werden. Im Bedarrungszustande werde der Mehrertrag auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakao 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Friedensverbrauchs in Ansatz gebracht worden seien.

## Der Steuermaßstab.

Eine Kritik Helfferichs.  
Im Reichstagsausschuss für Steuerfragen, der gegenwärtig das Teilgebiet der Einkommen in Beratung